

Seibel | Fechter | Fischer | Harbeck |
Kawell | Mroß | Salten | Wiedemann

Zwangsvollstreckungsrecht aktuell

Elektronischer Rechtsverkehr |
Formular GVFV | EuKoPfVODG | GVGA |
Grenzüberschreitende Zwangsvollstreckung |
Aktuelle Rechtsprechung

4. Auflage



Nomos

NOMOSPRAXIS

Mark Seibel (zugleich Schriftleiter)
Maria Fechter | Nikolaj Fischer | Nils Harbeck |
Holger Kawell | Stefan Mroß |
Uwe Salten | Denise Wiedemann

Zwangsvollstreckungsrecht aktuell

Elektronischer Rechtsverkehr |
Formular GVFV | EuKoPfvODG | GVGA |
Grenzüberschreitende Zwangsvollstreckung |
Aktuelle Rechtsprechung

4. Auflage

Maria Fechter, Oberamtsrätin, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Berlin | apl. **Prof. Dr. Nikolaj Fischer**, Universität Frankfurt am Main, Universität Kassel | **Dr. Nils Harbeck**, Rechtsanwalt, Hamburg | **Holger Kawell**, Diplom-Rechtspfleger, Bezirksrevisor, Düsseldorf | **Stefan Mroß**, Diplom-Rechtspfleger, Obergerichtsvollzieher, Bühl/Baden | **Uwe Salten**, Diplom-Rechtspfleger, Iserlohn | **Dr. Mark Seibel**, Vizepräsident des Landgerichts Siegen | **Dr. Denise Wiedemann**, Wiss. Referentin, MPI Hamburg



Nomos

Zitervorschlag: Seibel u.a./Autor, ZVR aktuell, 4. Aufl., § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5690-2

4. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Seit dem Erscheinen der Voraufgabe vor mehr als vier Jahren ist das Vollstreckungsrecht wieder durch aktuelle Entwicklungen beeinflusst worden. Außerdem prägt die Rechtsprechung dieses Rechtsgebiet kontinuierlich. Daher ist es wichtig, im Zwangsvollstreckungsrecht „auf der Höhe der Zeit“ zu sein. Hierzu will auch die 4. Auflage dieses Buches einen Beitrag leisten.

Die bisherige Konzeption hat sich bewährt und wurde beibehalten: Das Werk informiert praxisgerecht über aktuelle Entwicklungen und bringt eine Auswahl interessanter Rechtsprechung.

Das erste Kapitel (§ 1) behandelt Grundsatzfragen und aktuelle Entwicklungen des elektronischen Rechtsverkehrs (ERV) in der zivilprozessualen Zwangsvollstreckung und im Gerichtsvollzieherwesen. In den letzten Jahren hat der Gesetzgeber zahlreiche Rechtsgrundlagen des ERV geschaffen. Diese Regelungen werfen viele Fragen auf, insbesondere im Vollstreckungsrecht und vor allem beim Gerichtsvollzieher als dem wichtigsten Vollstreckungsorgan.

§ 2 befasst sich mit den rechtlichen Vorgaben und den Praxiserfahrungen zum Formular für den Vollstreckungsauftrag an den Gerichtsvollzieher. Dieses Formular der Gerichtsvollzieherformular-Verordnung (GVFV), das zu einer deutlichen Vereinfachung der Arbeitsabläufe und zu einer Entlastung der Vollstreckungsorgane geführt hat, steht dabei im Mittelpunkt. In einem Exkurs wird aber auch auf den Änderungsbedarf hinsichtlich der Formulare der Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung (ZVFV), die bereits in der Voraufgabe ausführlich vorgestellt wurden, eingegangen.

In § 3 wird das „Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 655/2014 sowie zur Änderung sonstiger zivilprozessualer, grundbuchrechtlicher und vermögensrechtlicher Vorschriften und zur Änderung der Justizbeitragsordnung (EuKoPfVODG)“ vom 21.11.2016 (sog. „Reparaturgesetz“ zur Reform der Sachaufklärung) dargestellt. Außerdem werden die Tendenzen in der Rechtsprechung hierzu vorgestellt – jeweils mit Bezug zum Verfahrens- und Kostenrecht.

§ 4 befasst sich ausführlich mit den praxisrelevanten Regelungen der Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher (GVGA), die für das Verständnis des Verhältnisses zwischen Gerichtsvollzieher und Vollstreckungsparteien von zentraler Bedeutung sind. Dabei wird auch auf oft wenig bekannte Verordnungen und Gesetze eingegangen.

§ 5 berichtet nach dem Inkrafttreten des EuKoPfVODG über erste Praxiserfahrungen im Umgang mit dem Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung im Ausland.

§ 6 behandelt die durch das EuKoPfVODG vorgenommenen Änderungen im Gerichtsvollzieherkostengesetz (GvKostG) – mit besonderem Fokus auf die Gerichtsvollziehergebühren für den Versuch einer gütlichen Erledigung.

§ 7 stellt das anspruchsvolle Thema des anwendbaren Rechts in der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung vor.

Vorwort

Am Ende ist in § 8 eine ausführliche Rechtsprechungsübersicht – anknüpfend an die Übersicht in der Voraufgabe – der von August 2015 bis Mitte Februar 2020 zum Zwangsvollstreckungsrecht veröffentlichten Entscheidungen (vorrangig) des BGH enthalten.

Wir hoffen, auch mit dieser 4. Auflage sowohl Richtern, Rechtsanwälten, Rechtspflegern und Gerichtsvollziehern als auch den sonstigen mit der Forderungsdurchsetzung befassten Kreisen eine kompakte und praxistaugliche Arbeitshilfe an die Hand zu geben und dadurch wieder zu einem „Update“ im Zwangsvollstreckungsrecht beizutragen.

Für weiterführende Hinweise, Anregungen und Kritik sind wir unseren Lesern schon jetzt dankbar.

Ein besonderer Dank gilt zum Schluss der Lektorin, Frau Rechtsanwältin Gertrud Vorbuchner, die durch ihre hilfreichen Anregungen wieder wesentlich zum Gelingen auch dieser Auflage beigetragen hat. Leider musste Frau Vorbuchner ihre Mitarbeit an diesem Buch krankheitsbedingt kurz vor seinem Erscheinen aufgeben. Verlag und Schriftleiter wünschen ihr schnelle Genesung und hoffen auf die zukünftige Fortsetzung der langjährigen, sehr guten Zusammenarbeit.

Wenden, im März 2020

Für die Autoren
Dr. Mark Seibel
(Schriftleiter)

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
§ 1 Elektronischer Rechtsverkehr in der zivilprozessualen Zwangsvollstreckung und im Gerichtsvollzieherwesen – Grundsatzfragen und aktuelle Entwicklungen	21
<i>(Nikolaj Fischer/Stefan Mroß)</i>	
§ 2 Formular für den Vollstreckungsauftrag an den Gerichtsvollzieher – Rechtliche Vorgaben und Erfahrungen aus der Praxis	59
<i>(Maria Fechter)</i>	
§ 3 Das EuKoPfvODG – Auswirkungen auf Vollstreckungspraxis und Kostenberechnung des Gerichtsvollziehers	145
<i>(Holger Kawell)</i>	
§ 4 Die GVGA – Konkrete Regelungen für Vollstreckungspraxis und Verhältnis zwischen Gerichtsvollzieher und Vollstreckungsparteien	193
<i>(Uwe Salten)</i>	
§ 5 Europäischer Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung im Ausland – erste Praxiserfahrungen	235
<i>(Nils Harbeck)</i>	
§ 6 Gerichtsvollziehergebühren für den Versuch der gütlichen Erledigung – Blickpunkte	265
<i>(Holger Kawell)</i>	
§ 7 Das anwendbare Recht in der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung	293
<i>(Denise Wiedemann)</i>	
§ 8 Neuere Rechtsprechung zum Zwangsvollstreckungsrecht – eine Auswahl	313
<i>(Dr. Mark Seibel)</i>	
Stichwortverzeichnis	365

Inhalt

Vorwort	5
§ 1 Elektronischer Rechtsverkehr in der zivilprozessualen Zwangsvollstreckung und im Gerichtsvollzieherwesen – Grundsatzfragen und aktuelle Entwicklungen	21
A. Reform des Vollstreckungsrechts durch Reformen des Elektronischen Rechtsverkehrs	24
B. Überblick zur Entwicklung und zu Grundsatzfragen des ERV im Zivilprozessrecht	26
I. Befund: Normierung des ERV durch zahlreiche Verfahrensrechtsreformen	26
1. Formvorschriften und „elektronische Dokumente“ im Zivilprozess	26
2. Elektronische Zustellungen sowie kleine Rolle der „Großen ZPO- Reform“	27
3. „Justizkommunikation“ als binnenjustizieller ERV	28
a) Justizkommunikationsgesetz und Justizaktenaufbewahrungsgesetz	28
b) Gerichtliches elektronisches Dokument	28
c) Elektronische Aktenführung	29
d) Beweisfragen bei elektronischen Dokumenten	30
e) Änderungen im Mahnverfahrensrecht	31
f) Änderungen im Zwangsvollstreckungsrecht	31
4. ERV-Anpassungen im Rahmen der Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung und deren Reform durch das EuKoPfvODG	32
5. Förderung des ERV sowie „besonderes elektronisches Anwaltspostfach“	32
6. Einführung der elektronischen Akte in der Justiz	33
II. Perspektive: Notwendige Kurskorrekturen bei der Weiterentwicklung des ERV	35
1. Diskursdefizit in Grundsatzfragen des ERV	35
2. (Verfahrens-)Form folgt (Verfahrens-)Inhalt – nicht umgekehrt	36
3. Voregreiflichkeit von Organisations- gegenüber Formfragen	37
4. Offener Zugang zum ERV oder Exklusion durch Benutzungszwänge?	39
III. Zwischenfazit: ERV-Normen als nicht nur „technisches (Verfahrens-)Recht“?	40
C. Elektronischer Rechtsverkehr beim Gerichtsvollzieher – Rechtsprobleme und praktische Fragen	41
I. Auftragseinreichung beim Gerichtsvollzieher und Aktenführung	41

Inhalt

II. Elektronischer Auftrag auch ohne Original des Titels	42
1. Vereinfachter Vollstreckungsauftrag bei Vollstreckungsbescheiden (§ 754 a ZPO)	42
2. Keine Übergabe des Titels und der Quittung (§ 757 ZPO)	43
III. Elektronische Übermittlungswege	44
1. Zeitlicher Anwendungsbereich	44
2. Elektronische Einreichung des Auftrags an den Gerichtsvollzieher, Übermittlungswege, Dateiformate	44
3. EGVP als Übertragungsweg zum Gerichtsvollzieher	46
4. Qualifizierte elektronische Signatur	46
5. Technische Anforderungen an Übermittlung und Bearbeitung	47
6. Verbot von Containersignatur	47
a) Grundlagen	47
b) Übermittlung beim elektronischen Vollstreckungsauftrag mit Vollstreckungsbescheiden (§ 754 a ZPO)	47
7. Folgen eines Übermittlungsfehlers oder einer unzureichenden Signierung und Hinweispflicht des Gerichtsvollziehers	48
8. Vorrangige Spezialregelungen	49
9. Nichtautomatisierte Vollstreckungsbescheide und andere Titel	49
IV. Eingang und Weiterbearbeitung der elektronischen Dokumente beim Gerichtsvollzieher	49
V. Elektronischer Ausgang beim Gerichtsvollzieher	51
VI. Qualifizierte elektronische Signatur oder fortgeschrittene elektronische Signatur	52
D. Ausblick: Elektronischer Rechtsverkehr im Gerichtsvollzieherwesen heute und morgen	54
I. Gegenwärtige Problemlage	54
II. Verbesserte Effizienz durch digitalisierte Abläufe	54
1. Titelregister	54
2. Rechtsnachfolgeklausel	55
3. Zuständigkeit für die Forderungspfändung	55
4. Vereinfachtes Zertifikat für Authentifizierung	55
5. Barrierefreier elektronischer Zugang zum Gerichtsvollzieher	56
6. Containersignatur	56
III. Datensicherheit	57
IV. Umfang und Grenzen der Digitalisierung	57
V. Justizorganisatorische Änderungen	58
§ 2 Formular für den Vollstreckungsauftrag an den Gerichtsvollzieher – Rechtliche Vorgaben und Erfahrungen aus der Praxis	59
A. Einleitung	59
B. Formulare der Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung (ZVFV)	60
C. Formular der Gerichtsvollzieherformular-Verordnung (GVFV)	61

I. „Vollstreckungsauftrag an die Gerichtsvollzieherin/den Gerichtsvollzieher – zur Vollstreckung von Geldforderungen“	61
II. Bestandteile des Formulars für den Vollstreckungsauftrag	61
III. Ausnahmen vom Formularzwang	62
D. Zulässige Abweichungen	63
I. Vielzahl der möglichen Aufträge	63
II. Inhaltliche Abweichungen	63
III. Abweichungen von der formalen Gestaltung	64
1. Nutzung von Freitextfeldern und Anlagen	64
2. Einreichung einzelner Seiten oder Module; Reihenfolge der Module	65
3. Mehrfache Verwendung von Modulen; Erweiterung; Verständlichkeit	66
4. Forderungsaufstellung (Anlage 1)	66
IV. Bedeutung der Module	66
V. Ermessensauftrag	68
E. Elektronischer Rechtsverkehr	68
I. Allgemeines	68
1. Elektronisches Dokument	68
2. Vereinfachter Vollstreckungsauftrag bei Vollstreckungsbescheiden (§ 754 a ZPO)	69
3. Elektronisches Titelregister	70
4. Verordnungsermächtigung	70
II. Elektronisch ausfüllbares und auslesbares Formular (§ 3 GVfV)	70
III. Formular zur Übermittlung der Daten in elektronischer Form (§ 4 GVfV)	71
IV. Nutzung des elektronischen Rechtsverkehrs	72
1. Problemdarstellung	72
2. Anlagen zum Vollstreckungsauftrag	72
3. Verbot der Container-Signatur	72
F. Erläuterungen zu den einzelnen Modulen	73
I. Modul – Adressen	74
II. Modul – Kontaktdaten	75
III. Modul – SEPA-Lastschriftmandat	75
IV. Modul A – Parteien	76
V. Modul B – Bestandteile des eingereichten Formulars	78
VI. Modul C – Anlagen	79
VII. Modul D – Zustellung (Hinweis: Zwischentext „wegen der aus der Anlage/den Anlagen ersichtlichen Forderung/-en zur Durchführung des folgenden Auftrags/der folgenden Aufträge“) ist nicht Bestandteil von Modul D, sondern bezieht sich auf alle nachfolgenden Aufträge.	81
VIII. Modul E – Gütliche Erledigung	82
IX. Modul F – keine Zahlungsvereinbarung	83

Inhalt

X. Modul G – Abnahme der Vermögensauskunft	84
XI. Modul H – Erlass des Haftbefehls nach § 802 g ZPO	88
XII. Modul I – Verhaftung des Schuldners (§ 802 g Abs. 2 ZPO)	89
XIII. Modul J – Vorphändung (§ 845 ZPO)	90
XIV. Modul K – Pfändung körperlicher Sachen	91
XV. Modul L – Ermittlung des Aufenthaltsorts des Schuldners (§ 755 ZPO)	93
XVI. Modul M – Einholung von Auskünften Dritter (§ 802 l ZPO)	96
XVII. Modul N – Angaben zur Reihenfolge bzw. Kombination der einzelnen Aufträge	100
XVIII. Modul O – weitere Aufträge	100
XIX. Modul P – Hinweise für die Gerichtsvollzieherin/den Gerichtsvollzieher	101
XX. Modul Q – Anwaltskosten gemäß Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG)	105
XXI. Zeile – Unterschrift	106
XXII. Anlage 1 – Forderungsaufstellung	108
1. Aufbau, zulässige Abweichungen	109
2. Pflicht zur Nutzung	109
3. Zu den einzelnen Formularfeldern der Anlage 1 der GVfV	110
G. Ausblick und Änderungsbedarf	112
I. GVfV – Änderung des Formulars für den Vollstreckungsauftrag	112
II. ZVfV – Änderung der Verordnung und der Formulare	113
H. Anhang: Formulare für die Zwangsvollstreckung (Abdruck)	114
I. Formular „Vollstreckungsauftrag an die Gerichtsvollzieherin/den Gerichtsvollzieher – zur Vollstreckung von Geldforderungen“ gemäß GVfV	114
II. Formular „Antrag auf Erlass einer richterlichen Durchsuchungsanordnung“ – Anlage 1 der ZVfV	123
III. Formular „Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses insbesondere wegen gewöhnlicher Geldforderungen“ – Anlage 2 der ZVfV	126
IV. Formular „Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses wegen Unterhaltsforderungen“ – Anlage 3 der ZVfV	135
§ 3 Das EuKoPfVODG – Auswirkungen auf Vollstreckungspraxis und Kostenberechnung des Gerichtsvollziehers	145
A. Einleitung	145
B. Gesetzgebungsverfahren, Materialien	145
I. Eckpunkte des Gesetzgebungsverfahrens	145
II. Übersicht: Gestuftes Inkrafttreten der Neuregelungen bzw. Änderungen	147

C. Vollstreckungsauftrag an den Gerichtsvollzieher, § 753 ZPO	148
I. Formularzwang für Vollstreckung von Geldforderungen	148
II. Verordnungsermächtigung des § 753 Abs. 3 ZPO	149
1. Rechtsgrundlage/Textfassungen	149
2. Klarstellung der Verordnungsermächtigung des § 753 Abs. 3 ZPO	149
III. Änderungen des amtlichen Formulars für den Vollstreckungsauftrag an den Gerichtsvollzieher	150
IV. Kostenrechtliche Auswirkungen	151
D. Elektronische Auftragserteilung, § 754 a ZPO	152
I. Rechtsgrundlage/Textfassungen	152
II. Regelungszweck des § 754 a ZPO	153
III. Anwendungsbereich: Vollstreckungsbescheid	153
IV. Zulässigkeit von Teil-Aufträgen?	153
V. Berechnung der Wertgrenze	154
VI. Erteilung von Haftbefehlen	155
VII. Technische Voraussetzungen, § 753 Abs. 4 ZPO	155
VIII. Kostenrechtliche Auswirkungen	156
1. Gerichtsvollziehergebühren	156
2. Auslagen	156
E. Aufenthaltsermittlung, § 755 ZPO	157
I. Zuständiger Gerichtsvollzieher	157
II. Ermittlungen bei juristischen Personen, Personenvereinigungen etc. – Einsichtnahme in weitere Register	158
1. Erweiterung der Befugnisse des Gerichtsvollziehers	158
2. Registerauskünfte, § 755 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 ZPO	159
3. Gewerbeldeamtsauskünfte, § 755 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 ZPO	160
III. Leichter Zugang für Gläubiger zur Aufenthaltsermittlung durch Wegfall der Wertgrenze	161
IV. Weiterverwendung von Auskünften für weitere Gläubiger, § 755 Abs. 3 ZPO	161
V. Kostenrechtliche Auswirkungen – Nr. 440, 441 KV GvKostG	162
1. Gebührentatbestände im Überblick	162
2. Gebühr für qualifizierte Aufenthaltsermittlungen nach § 755 Abs. 2 ZPO	163
3. Gebühr für einfache Aufenthaltsermittlungen nach § 755 Abs. 1 ZPO	163
4. Gebühr bei Weiterverwendung gemäß § 755 Abs. 3 ZPO	164
VI. Kostenrechtliche Auswirkungen – Nr. 708 KV GvKostG	165
VII. Kostenrechtliches Übergangsrecht	166
F. Erneute Vermögensauskunft, § 802 d ZPO	168
I. Verzicht des Gläubigers auf Zuleitung von bereits vorliegender Vermögensauskunft unbeachtlich	168

Inhalt

1. Rechtsgrundlage/Textfassungen	168
2. Das unerwünschte Vermögensverzeichnis	168
II. Antragsrücknahme bei bereits vorliegender Vermögensauskunft	170
1. Ausgangssituation	170
2. Bedingte Antragsrücknahme bei bereits abgenommener Vermögensauskunft beachtlich	170
3. Bedingte Antragsrücknahme bei bereits abgenommener Vermögensauskunft unbeachtlich	171
4. Fazit	171
III. Kostenrechtliche Auswirkungen – Nr. 261 KV GvKostG	171
IV. Übergangsrecht	172
G. Ladungsverfahren zur Abnahme der Vermögensauskunft,	
§ 802 f Abs. 1 ZPO	173
I. Rechtsgrundlage/Textfassungen	173
II. Andere Setzung der Zahlungsfrist	173
III. Zustellungserfordernis, § 802 f Abs. 3 S. 1 ZPO?	174
H. Errichtung des Vermögensverzeichnisses, § 802 f Abs. 5 ZPO	175
I. Verhaftung aufgrund Erzwingungshaftbefehls, § 802 g ZPO	176
I. Rechtsgrundlage/Textfassungen	176
II. Aushändigung des Haftbefehls von Amts wegen	176
III. Kostenrechtliche Auswirkungen	176
J. Drittauskünfte, § 802 l ZPO	177
I. Rechtsgrundlage/Textfassungen	177
II. Erleichterung des Zugangs zur Drittauskunft für Gläubiger durch Wegfall der Wertgrenze, § 802 l Abs. 1 S. 2 ZPO	178
III. Übermittlung von Drittauskünften an weitere Gläubiger, § 802 l Abs. 4 und 5 ZPO	179
IV. Kostenrechtliche Auswirkungen der Zweitverwertung von Drittauskünften nach § 802 l Abs. 4 ZPO – die Gebühr Nr. 442 KV GvKostG	181
V. BGH-Rechtsprechung zur Drittauskunft nach § 802 l ZPO	182
VI. Bestehengebliebene Wertgrenze in § 74 a SGB X	182
1. Problemaufriss	182
2. Prozessuale Folgen	183
3. Kostenrechtliche Auswirkungen	184
K. Eintragungsanordnungen	186
I. Rechtsgrundlage/Textfassungen	186
II. Anordnung der Eintragung des Schuldners in das Schuldnerverzeichnis als Teil des Vollstreckungsverfahrens, § 882 c Abs. 1 S. 2 ZPO	187
III. Eintragungsverfahren, § 882 c Abs. 2 ZPO	188
IV. Kostenrechtliche Auswirkungen	189

L. Aufhebung der Eintragungsanordnung durch den Gerichtsvollzieher,	
§ 882 d Abs. 1 S. 5 ZPO	190
I. Rechtsgrundlage/Textfassungen	190
II. Abhilfebefugnis des Gerichtsvollziehers	190
M. Gebühr für den Versuch einer gütlichen Erledigung	191
§ 4 Die GVGA – Konkrete Regelungen für Vollstreckungspraxis und	
Verhältnis zwischen Gerichtsvollzieher und Vollstreckungsparteien	193
A. Einleitung	193
B. Überblick über die gesetzlichen Grundlagen	193
C. Die Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher (GVGA)	195
I. Rechtsnatur und Bindungswirkung	195
II. Gesetzesauslegung und Verfahrensabläufe	195
III. Gliederung der GVGA	197
D. Die GVGA im ablaufbezogenen Überblick	198
I. Allgemeine Vorschriften in der GVGA	198
1. Zeit der Erledigung des Auftrags (Erledigungsfrist)	198
2. Auftragsverhältnis zwischen Gläubiger und Gerichtsvollzieher	199
3. Interessenvertretung und Verfolgung des Vollstreckungszwecks	200
4. Aufträge zur Vollstreckung gegen vermögenslose Schuldner	201
II. Vollstreckungsmaßnahmen – Individuelle Verfahrensweise und	
Verhaltensregelungen	202
1. Überblick über die Befugnisse des Gerichtsvollziehers	202
2. Verpflichtung zum Versuch einer gütlichen Erledigung	202
a) Zahlungsaufforderung an den Schuldner	202
b) Züge und gütliche Erledigung; Zahlungsfrist und	
Ratenzahlung	202
c) Annahme und Ablieferung der (Teil-)Leistung	203
d) Ratenzahlungen für mehrere Gläubiger	204
e) Suche nach pfändbaren Gegenständen	204
3. Pfändung von Sachen	205
a) Praktische Bedeutung der Sachpfändung	205
b) Forderungsberechnung	205
c) Auswahl von Pfandstücken und Pfändungsbeschränkungen	205
d) Pfändungsprotokoll	206
e) Pfändung von Kraftfahrzeugen	207
f) Gleichzeitige Pfändung für mehrere Gläubiger	207
4. Verwertung gepfändeter Sachen	207
5. Öffentliche Versteigerung gepfändeter Sachen	209
6. Zuschlag auf ein Gebot	209
a) Zuschlagsversagung	209
b) Austauschpfändung	210

Inhalt

c) Zuschlag an Meistbietenden	210
d) Fortsetzung der Vollstreckung	211
7. Feststellung des Erlöses	211
8. Auszahlung des Erlöses	212
9. Rückgabe nicht veräußerter Pfandstücke	212
III. Zwangsvollstreckung durch Abnahme der Vermögensauskunft gem. § 802 c ZPO	212
1. Vorbereitung des Termins zur Abgabe der Vermögensauskunft	212
2. Behandlung des Auftrags und Ladung zum Termin	213
3. Anschriften- und Zuständigkeitsänderungen	213
4. Durchführung des Termins zur Abgabe der Vermögensauskunft	214
5. Verfahren nach Abgabe des Vermögensverzeichnisses	215
6. Wiederholung, Ergänzung oder Nachbesserung des Vermögensverzeichnisses	216
7. Erzwingungshaft	217
a) Antrag auf Erlass eines Haftbefehls	217
b) Verfahren bei der Verhaftung	217
c) Entlassung aus der Haft	218
d) Nachverhaftung	219
IV. Vermögensauskünfte Dritter („Drittauskünfte“)	219
V. Aushändigung des Titels	220
E. Die GVGA als Beziehungsratgeber – Rechte des Gläubigers und Pflichten des Gerichtsvollziehers	220
J. Anhang: Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher (GVGA) – [Auszug] ...	224
§ 5 Europäischer Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung im Ausland – erste Praxiserfahrungen	235
A. Einleitung	236
B. Sachlicher Anwendungsbereich	238
C. Verfahren zur Erwirkung eines vorläufigen EuBvKpf	240
I. Verfügbarkeit gemäß Art. 5 EuKoPfvO	240
II. Erlasszuständigkeit, Parallelanträge	243
III. Modalitäten	245
IV. Verfahren	248
1. Verfahren ohne vorherige Anhörung des Antragsgegners	248
2. Fristen zur Entscheidung; Form und Inhalt des Beschlusses zur vorläufigen Pfändung	248
V. Kontoinformationen	251
D. Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung	253
I. Zustellung des Beschlusses	253
II. Ausführung des EuBvKpf	256
E. Rechtsbehelfe	257

F. Sonstiges	261
I. Legalisation	261
II. Vertretung der Parteien	261
III. Kosten	261
IV. Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit	263
G. Fazit und Ausblick zur EuKoPfVO	263
§ 6 Gerichtsvollziehergebühren für den Versuch der gütlichen Erledigung – Blickpunkte	265
A. Einleitung	265
B. Auftrag, § 3 GvKostG	265
I. Auswirkungen bedingter Antragstellungen	265
II. Kombiaufträge	267
1. Auftragsmehrheit bzw. -einheit bei Kombiaufträgen	267
2. Fall 1: Entstehung von Gebühren für den Versuch der gütlichen Erledigung	268
Anmerkungen zu Fall 1	269
a) Entstehung von Gebühren für den Versuch der gütlichen Erledigung	269
b) Gleichzeitigkeit mit dem Hauptauftrag?	269
c) Gleichzeitigkeit mit dem Auftrag zur gütlichen Erledigung	269
d) Anzahl der Aufträge (– 2 –) für die Berechnung der Auslagen	270
3. Fall 2: Kombiauftrag mit Sofortabnahme der Vermögensauskunft ..	270
Anmerkungen zu Fall 2	270
a) Entstehung von Gebühren für den Versuch der gütlichen Erledigung	270
b) Anzahl der Aufträge (– 1 –) für die Berechnung der Auslagen	271
III. Vollstreckungsauftrag bedingt	271
1. Ausgangssituation	271
2. Fall 3: Bedingter Hauptauftrag	271
Anmerkung zu Fall 3: Anzahl der Aufträge und Gebühren	271
3. Fall 4: Gütliche Erledigung mit Vollzahlung	272
Anmerkung zu Fall 4	272
IV. Gütliche Erledigung bedingt	273
1. Ausgangssituation	273
2. Fall 5: Bedingte/nachgelagerte gütliche Erledigung	273
Anmerkung zu Fall 5	273
C. Gütliche Erledigung der Sache, § 802 b ZPO	274
I. Systematik der Gebührentatbestände Nr. 207, 208 KV GvKostG	274
II. Definition des Versuchs	276
III. Nicht erledigter Versuch – keine Gebühr, Nr. 604 Anm. S. 2 KV GvKostG	277
IV. Erledigter Versuch	279

Inhalt

V. Keine Kommunikation zwischen Gerichtsvollzieher und Schuldner erforderlich	279
VI. Durchgeführte („erledigte“) Amtshandlung erforderlich	281
VII. Ermächtigung des Gerichtsvollziehers erforderlich – Übergabe der vollstreckbaren Ausfertigung an Gerichtsvollzieher, § 754 Abs. 1 ZPO	282
D. Modul F und die Konsequenzen für die Gerichtsvollzieherpraxis	283
I. Problemaufriss	283
II. Freiwillige Vollzahlung ist (k)eine gütliche Erledigung	284
1. Gütliche Erledigung ist mehr als Zahlungsvereinbarung	284
2. Pro: Freiwillige Vollzahlung ist eine gütliche Erledigung	285
3. Contra: Freiwillige Vollzahlung ist keine gütliche Erledigung	285
III. Versuch der gütlichen Erledigung bei ausgeschlossenen Zahlungsvereinbarungen	286
IV. Inhaltliche Anforderungen an den Versuch der gütlichen Erledigung ...	289
E. Verhaftungsauftrag	290
I. Keine gütliche Erledigung des Verhaftungsauftrags	290
II. Prozessuale Einordnung des erteilten Haftbefehls	290
III. Kostenrechtliche Einordnung der gütlichen Erledigung im Verhaftungsauftrag	291
1. Zugehörigkeit zum Verfahren zur Abnahme der Vermögensauskunft	291
2. Gebühr nur einmal erheben	291
3. Ausnahme: Erneute Entstehung der Gebühr	292
4. Abzulehnen: Unabhängige Entstehung	292
F. Gütliche Erledigung außerhalb des Anwendungsbereichs von § 802 b ZPO	292
§ 7 Das anwendbare Recht in der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung	293
A. Einleitung	294
B. Brüssel I-VO	295
I. Vollstreckbarkeit im Ursprungsmitgliedstaat als Voraussetzung der Vollstreckbarerklärung	296
1. Vollstreckungstauglichkeit der Entscheidung	296
2. Vollstreckungsreife der Entscheidung	297
II. Vollstreckbarerklärung unter Berücksichtigung ursprungsstaatlicher Einschränkungen	298
1. Sicherheitsleistung	298
2. Beschränkung auf Sicherungsmaßnahmen	299
III. Verfahren nach der Vollstreckbarerklärung	300
1. Grundsätze	300

2. Behandlung von Vollziehungsfristen	301
a) Deutsche Rechtsprechung und Literatur	301
b) EuGH „Società Immobiliare Al Bosco“	302
C. Brüssel Ia-VO	303
I. Vollstreckbarkeit im Ursprungsmitgliedstaat als Voraussetzung der Zwangsvollstreckung im Vollstreckungsmitgliedstaat	304
1. Vollstreckungstauglichkeit der Entscheidung, insbesondere Bestimmtheit	304
a) Recht des Ursprungsmitgliedstaates	304
b) Anpassung nach Art. 54 Brüssel Ia-VO	305
2. Vollstreckungsreife der Entscheidung	306
a) Sicherheitsleistungen	307
b) Beschränkung auf Sicherungsmaßnahmen	309
II. Vollstreckungsverfahren, insbes. Vollziehungsfristen	309
D. Zusammenfassung	311
§ 8 Neuere Rechtsprechung zum Zwangsvollstreckungsrecht – eine Auswahl	313
A. Entscheidungen zu Vollstreckungstiteln	314
B. Entscheidungen zu Vollstreckungsklauseln	317
C. Entscheidungen zur ZVfV und GVfV	321
D. Entscheidungen zur Vermögensauskunft des Schuldners, zum Schuldnerverzeichnis und allgemein zur Tätigkeit des Gerichtsvollziehers ..	322
E. Entscheidungen zur Pfändung	328
F. Entscheidungen zu Zwangs- und Ordnungsmitteln	338
G. Entscheidungen zur Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung	342
H. Entscheidungen zu den Kosten der Zwangsvollstreckung und zur Schadensersatzpflicht	349
I. Entscheidungen zu Rechtsbehelfen, Rechtsmitteln uÄ.	351
J. Vollstreckungsrechtliche Entscheidungen mit Auslandsbezug	359
Stichwortverzeichnis	365